



Zusammenfassung der Studie

Fabric of Governance: Interinstitutional Agreements in the European Union

Die vorliegende Studie widmet sich dem bedeutenden aber bislang wenig erforschten Phänomen der Interinstitutionellen Abkommen (IIAs) in der Europäischen Union. Unter IIAs versteht man Abkommen, die in der Regel zwischen dem Rat, der Kommission und dem Europäischen Parlament abgeschlossen werden, mit dem Ziel die tägliche Praxis des Regierens auf europäischer Ebene effizienter zu gestalten und Konflikte zwischen den beteiligten Institutionen zu entschärfen.

Die Untersuchung verfolgt im Wesentlichen drei Ziele: Zum einen liefert sie zum ersten Mal eine vollständige Liste aller im Laufe der europäischen Integrationsgeschichte abgeschlossenen IIAs. Diese Zusammenstellung von 117 IIAs unter Berücksichtigung des betreffenden Abschlussdatums, der Fundstelle, der berührten Politikbereiche und der beteiligten Institutionen bedeutet nicht nur die längst fällige Schließung einer Forschungslücke, sondern soll auch eine zentrale Grundlage für weitere auf diesem Gebiet zu erwartenden Forschungsarbeiten darstellen. Obwohl IIAs nicht nur bindende sondern auch nicht bindende und daher allenfalls politisch relevante Vorschriften enthalten können, ergibt die rechtswissenschaftliche Analyse, dass auf Grund der massiven Positionsstärkung des Europäischen Parlamentes von einer Verletzung des „institutionellen Gleichgewichts“ gesprochen werden kann.

In einem zweiten Teil werden die Funktion und Auswirkung der IIAs in vier (Politik-) Bereichen gesondert analysiert. Im Einzelnen handelte es sich um (1) die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (2) dem Bereich Demokratie, Transparenz und Subsidiarität (3) dem Legislativverfahren sowie (4) dem EU Budget. Die leitende Forschungsfrage bestand in der Überprüfung der These, ob IIAs grundsätzlich das Potenzial besitzen, die Rolle des Europäischen Parlamentes zu stärken und dadurch das institutionelle Gleichgewicht zwischen den Gemeinschaftsinstitutionen zu verschieben.

Die Ergebnisse der vier Fallstudien ergeben kein eindeutiges Bild. In zwei von vier Untersuchungen gelingt es dem Europäischen Parlament, mit Hilfe von IIAs eindeutig seine Position im institutionellen Arrangement der EU zu stärken. Die beiden anderen Studien zeigen, dass das Europäische Parlament keineswegs automatisch die Verhandlungen für sich entscheiden kann. Vielmehr hängt es von der konkreten Verhandlungsmacht der jeweiligen Institutionen ab, die erheblich von den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich IIAs bewegen, beeinflusst wird.

Im dritten Teil der Arbeit werden die Auswirkungen der IIAs auf die demokratische Qualität der Europäischen Union untersucht. In jenen Fällen, wo IIAs das Parlament stärken, kann grundsätzlich von einer Erhöhung der demokratischen Qualität im supranationalen Raum gesprochen werden. Kritisch wird jedoch die sich aus den IIAs ergebende mangelnde Transparenz und Übersichtlichkeit der EU-Rechtsordnung angesehen. Überdies besteht die Gefahr, dass die konstitutionelle Ordnung der EU zusehends nicht auf vertraglich vorgesehene Weise, sondern weitgehend informell durch IIAs geändert wird.